

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Rudi Arndt MdEP, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, fordert mit der Integrationspolitik für Ausländer zu beginnen: Sozialer Sprengstoff.

Seite 1/2

Carlheinz Moesta MdL, Medienexperte der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, untersucht die Kabelfernsehpläne für Ludwigshafen/Mannheim: Pilotprojekt ja - Pilotprojekt nein!

Seite 3/4

Werner Boldt, Schleswig-Holsteins SPD-Sprecher, kommentiert den jüngsten CDU-Landesparteitag: Die Unzufriedenheit bekamen die Stellvertreter zu spüren.

Seite 5/6

Lenelotte von Bothmer MdB, Präsidentin der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, fordert, den Weg zu Verhandlungen mit Juden und Palästinensern zu ebnet: Beide Seiten hören.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 222

19. November 1979

### Sozialer Sprengstoff

-----  
Mit der Integrationspolitik für Ausländer beginnen

Von Rudi Arndt MdEP  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik

Nach dem Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung, Heinz Kühn, "Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland" liegt nun auch der vom Bundesminister für Forschung und Technologie herausgegebene Forschungsbericht "Probleme der Ausländerbeschäftigung" vor.

Die wichtigste Erkenntnis aus beiden Berichten scheint mir zu sein, daß wir unserer sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung nur dann Rechnung tragen, wenn wir eine Integrationspolitik vorantreiben, die eine wirkliche Zukunftsperspektive öffnet, und die akzeptiert und formell absichert, daß ein großer Teil der jetzt in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer hier bleiben will.

Sozialdemokraten, insbesondere sozialdemokratische Kommunalpolitiker, haben bereits seit einiger Zeit erkannt, daß es nur die Alternative gibt, zwischen dem Eingehen des Risikos einer unkontrollierten sozialen Entwicklung mit erheblichem Konfliktpotential oder dem Anerkennen des bereits faktisch vorhandenen Status der Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland. Sozialdemokratische Kommunalpolitiker haben in ihren Städten und Gemeinden sehr früh gespürt, wozu ein "sozialer Sprengstoff" dort auf unsere Gesellschaft zukommt, wenn nicht bald gehandelt wird.

Wir begrüßen es deshalb uneingeschränkt, wenn die Probleme der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien nunmehr sowohl wissenschaftlich untersucht wie auch politisch ausgewertet werden. Wir erwarten aber auch, daß die politisch

Verantwortlichen in Bund und Länder nun auch die Forderungen verwirklichen, die wir seit langem aufstellen, und die auch im Forschungsbericht aufgeführt sind:

- Die Beseitigung der restriktiven Vorschriften der Ausländergesetzgebung, die eine legale politische Arbeit von Ausländern behindern,
- die Zusage des aktiven Wahlrechts im kommunalen Bereich nach einer Aufenthaltsdauer von drei bis fünf Jahren,
- die nicht nur formale, sondern auch faktische Öffnung der bestehenden Interessengruppen für Ausländer.

Die Vielzahl von Maßnahmen und Aktivitäten, die in den Bereichen der vorschulischen und schulischen Erziehung, der Berufsausbildung, der Wohnungspolitik oder auch des Städtebaus vorgeschlagen worden sind, werden erst dann den gewünschten, durchschlagenden Erfolg haben, wenn die genannten Forderungen erfüllt sind.

Dies hat die Bundes-SGK erst kürzlich festgestellt, als sie "Argumente und Maßnahmevorschläge für eine Intensivierung der Integration ausländischer Mitbürger in den Städten und Gemeinden" veröffentlichte. Aber auch Gewerkschafter, Wissenschaftler und sozialdemokratische Politiker haben sich in ähnlicher Form anlässlich des Forums "Solidarität mit den Jungen" des SPD-Parteivorstandes im Oktober in Saarbrücken geäußert.

Auf eine Aussage des Forschungsberichtes möchte ich noch hinweisen, weil sie mir besonders wichtig erscheint, und von vielen oft nicht berücksichtigt wird: Wirkliche Assimilation und der langfristige Aufenthalt in der Bundesrepublik sind auf Dauer ohne einen - zumindest partiellen - Verlust der kulturellen Identität nicht möglich. Das gilt besonders für die in der Bundesrepublik aufwachsenden Ausländerkinder. Diese Erkenntnis erfordert bei vielen Politikern ein Umdenken, aber auch die hier lebenden Ausländer sollten durch behutsames Vorgehen auf allen Ebenen darauf aufmerksam gemacht werden.

Auf keinen Fall jedoch wollen wir Sozialdemokraten zulassen, daß sich die Frage der Ausländerintegration zu einem Wahlkampfthema entwickelt, wie das offensichtlich einige Oppositionspolitiker vorhaben. Wenn jemand, wie der CDU-MdB Abelein, die Frage der Staatsangehörigkeit für Ausländer in Zusammenhang bringt, mit der Staatsangehörigkeit der Bevölkerung in der DDR und den Oder-Neiße-Gebieten, dann hat er entweder die vielfältigen Probleme überhaupt noch nicht begriffen, oder aber er polemisiert bewußt, um auf Kosten unserer ausländischen Mitbürger Wahlkampf in übelster Form zu machen.

Die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker erwarten von der Bundesregierung und den SPD/FDP-Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag, daß sie sich nicht beirren lassen von derartiger Polemik, sondern daß sie den Forschungsbericht und alle anderen konstruktiven Vorschläge zu den Problemen der Ausländerbeschäftigung gründlich prüfen und eine Integrationspolitik in dem von mir genannten Sinn beginnen. Dies haben die vier Millionen Ausländer in diesem Staat verdient. (-/19.11.1979/ks/ca)

+ + +



**Pilotprojekt ja - Pilotprojekt nein !**  
-----

**Zum Kabelfernsehen Pilotprojekt Ludwigshafen-Mannheim**

**Von Dr. Carlheinz Moesta**

**Vorsitzender des Arbeitskreises Bildungs- und Medienpolitik der  
SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz**

Wer noch einen Beweis dafür gesucht hat, daß der Großangriff der CDU auf die bestehende Rundfunkordnung nicht mehr, sondern weniger Meinungsvielfalt durchsetzen will, bekommt ihn dieser Tage in doppelter Ausfertigung geliefert. Im Kampf um den Norddeutschen Rundfunk (NDR) geht es plötzlich nicht mehr um regionale Bedürfnisse und um eine eigene Sendeanstalt für Niedersachsen, sondern um den Hinauswurf von Hamburg und die alleinige Übernahme des NDR durch die CDU-Regierungen in Kiel und Hannover.

Die Systemveränderer waren auch in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg nicht untätig. Der neue Staatsvertrags-Entwurf für das Kabelfernsehen Pilotprojekt (KFPP) Ludwigshafen-Mannheim, der noch unter Verschuß gehalten wird, ist nicht besser als sein Vorgänger, sondern unterwirft das neue Medium von vornherein den Einwirkungen der Landesregierungen in Mainz und Stuttgart und liefert den Bildschirm privat-kommerziellen Einflüssen aus.

Hierfür ein Beispiel von vielen:

Die Staatskanzleien beider Länder wollen die "persönliche Zuverlässigkeit" der Bewerber für private Rundfunkprogramme prüfen und Konzessionen erteilen und widerrufen können - und all das auch ohne einen Antrag der Organe der Anstalt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch das neue Projekt der Mainzer Staatskanzlei, das selbst bei der baden-württembergischen Landesregierung auf skeptische Zurückhaltung stößt, den rundfunkpolitischen Vorstellung der SPD nicht gerecht wird, denn

1. Staatsferne und Regierungsunabhängigkeit des Kabelfernsehens sind nicht gewährleistet.
2. Die neue Anstalt wäre nur scheinbar öffentlich-rechtlich verfaßt, in Wirklichkeit jedoch privatisiert.



3. Das neue Medium wäre durch seine Abhängigkeit von Werbung in der Freiheit seiner Programmerstellung eingeschränkt.

Privater Kommerzfunk in öffentlich-rechtlichem Gewande - ein medienpolitischer Wolf im Schafspelz - kann nicht auf die Unterstützung der Sozialdemokraten zählen. Eine Ablehnung jedweder Erprobung der neuen technischen Möglichkeiten ist mit diesem Nein nicht verbunden. Zwar befürchten die Medienpolitiker der SPD - mit den Kritikern, Gewerkschaften, vielen Wissenschaftlern und Eltern - negative gesellschaftspolitische Auswirkungen einer Vervielfachung des Fernsehangebotes. Sie sind aber - mit skeptischer Zurückhaltung und kritischer Distanz - bereit, das neue Medium erproben zu lassen, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

1. Das Kabelfernseh-Pilotprojekt muß einwandfrei öffentlich-rechtlich verfaßt und ergebnisoffen angelegt sein.
2. Werbung darf nicht zum Programmauftrag der Anstalt gemacht werden.
3. Das Projekt darf nicht auf die Unterhöhnung der bestehenden Rundfunkordnung abzielen.

Die im Südwesten sendenden Rundfunkanstalten SWF, SDR und ZDF haben sich nunmehr bereit erklärt, das Kabelfernseh-Pilotprojekt Ludwigshafen-Mannheim in ihre Obhut zu nehmen und auf der Grundlage einer gemeinsam zu gründenden Gesellschaft sowie unter Mitwirkung privater Programmausrichter zu betreiben. Einer solchen Konstruktion könnte auch die SPD zustimmen, und es liegt nun an der CDU und ihren Landesregierungen, daß diese große Chance für einen Konsens nicht verspielt wird.

In Stuttgart scheint die Landtagsmehrheit bereit zu sein, ernsthaft über die Verwüstungen nachzudenken, die der medienpolitische Parforce-Ritt der Stoltenberg, Albrecht und Vogel in der deutschen Rundfunklandschaft anzurichten droht. In Mainz sind die Systemveränderer immer noch dabei, sich das Kabelfernsehen unter den schwarzen Nagel zu reißen. Es bleibt die Hoffnung auf eine große Koalition der Vernünftigen, vielleicht einigermaßen spät, möglicherweise aber gar mit Späth.

(-/19.11.1979/vo-he/ca)



### Stoltenberg auf dem Höhepunkt seiner Karriere?

---

Die Unzufriedenheit bekommen die Stellvertreter zu spüren

Von Werner Boldt

Sprecher der SPD in Schleswig-Holstein

Der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende und Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg erreichte bei der Neuwahl des Landesvorstandes ohne Gegenkandidaten mit über 90 Prozent der Stimmen seine persönliche Bestleistung auf einem Landesparteitag. Stoltenberg auf dem Höhepunkt seiner landespolitischen Karriere?

Die eigentliche Überraschung des CDU-Parteitages vom Wochenende ist allerdings nicht dieses Ergebnis. Das eigentlich Überraschende ist die Tatsache, daß dieser Parteitag anders als seine Vorgänger keineswegs als Jubelveranstaltung ablief. Im Gegenteil: Zum Teil heftige Kritik hagelte es aus mindestens drei politischen Himmelsrichtungen. Die Junge Union unter ihrem scheidenden Landesvorsitzenden Werner Kalinka MdL, vermißte als Konsequenz des superknappen Wahlergebnisses vom 29. April dieses Jahres "ein Aufbäumen" für 1983. Der Start in die neue Legislaturperiode habe in den ersten Monaten mit Wahlrechtsmanipulation und mehr Geld für die Spitzenbeamten bei der jungen Generation ziemlich geschadet und sei recht "entmutigend".

Der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Eberhard Dall'Asta MdL, erinnerte ebenfalls an den knappen Wahlausgang. "Trotz unseres guten Landesvorsitzenden und der Schwäche des Gegners" habe die CDU Prozente verloren. Mehr "Dynamik" sei vonnöten und: "Wir diskutieren immer die Themen, die entschieden sind." - Ein deutlicher Hinweis der CDA auf, das was bei anderen Mitsprache oder Mitbestimmung heißt und bei der schleswig-holsteinischen Ein-Mann-Partei nicht zum erstenmal vermißt wird.

Die Frauen schließlich waren die dritten im kritischen Bunde gegen den Landesvorstand. Sie fühlten sich unverstanden und übergangen. Zum Beispiel bei der "einsamen" Entscheidung der bisherigen Frauenvertreterin im CDU-Landesvorstand, Anneliese Schuster, MdL und Parlamentarische Staatssekretärin, nicht mehr zu kandi-



dieren und dafür eine weithin unbekannte Nachfolgerin in das Amt zu heben. Von mehr Beteiligung der Frauen konnte dabei ebenso wenig bemerkt werden wie bei dem sogenannten Kabinettsrevirement nach der Wahl, bei der fast alle Minister nur die Plätze tauschten und eine Frau nicht berücksichtigt wurde. Stoltenbergs Antwort auf diese Vorwürfe "eine Frau ist auch dann eine Frau, wenn sie nicht von der Frauenvereinigung vorgeschlagen wird", wurde zwar - bescheiden genug - zum Bonmot des Parteitages, der - Ironie des Zufalls - eben dort stattfand, wo die Bundes-CDU zum Europawahlkampf mit einem barbusigen Cabaret für Schlagzeilen gesorgt hatte. Den Unmut tilgen, konnte Stoltenberg damit nicht.

Das bekamen bei der Vorstandswahl seine Stellvertreter zu spüren. Alle erhielten zum Teil erhebliche Denkkzettel. Und selbst der stellvertretende Landesvorsitzende und Landwirtschaftsminister, Günther Fleffner, der vor zwei Jahren mehr Ja-Stimmen als Stoltenberg erreichte und dem noch in der Woche vor dem Parteitag der CDU-Sprecher Volker Koop ein ähnliches Ergebnis prophezeite, fiel deutlich zurück. Einhelliges Urteil der Beobachter: Ganz offensichtlich ließen die Delegierten ihre Unzufriedenheit mit dem Vorstand alle Stellvertreter spüren.

Das persönlich beste Abstimmungsergebnis des Landesvorsitzenden Stoltenberg ist somit genau betrachtet nur die Konsequenz aus der Erkenntnis, daß die schleswig-holsteinische CDU nur von dem einen Mann an der Spitze zusammengehalten wird und eine Alternative weit und breit nicht in Sicht ist. Der eine, auf den im nördlichsten Bundesland es allein ankommt, durfte nicht beschädigt werden, weil das Gefahr für alle bedeutet hätte bei dem bevorstehenden Bundestagswahlkampf. Auf diese Stimmung hatte der Landesvorsitzende die Delegierten in dem Rechenschaftsbericht zu Beginn des Parteitages auf seine Weise vorbereitet: Nur ein Absatz seiner Rede erwähnte - zurückhaltend lobend - den CSU/CDU-Kanzlerkandidaten. Rund die Hälfte der Rede galt den heftigen Angriffen auf die Bonner Koalition. (-/19.11.1979/ks/ca)

+ + +



Beide Seiten hören  
-----

Den Weg zu Verhandlungen mit Juden und Palästinensern ebnen

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Präsidentin der Deutsch-Arabischen Gesellschaft

Der Besuch von Khaled El Hassan, Mitglied des Palästinensischen Nationalrats und Vorsitzender seines Außenpolitischen Ausschusses, in Bonn - eingeladen vom Institut für Internationale Begegnungen und der Deutsch-Arabischen Gesellschaft - brachten den zahlreich Erschienenen Aufschlüsse zur palästinensischen Sicht des Nahostproblems. Wenn man bei uns, wie neuerdings oft gefordert, Geduld und Verständnis für die schwierigen Probleme des Nahen Ostens aufbringen will, muß man beide zunächst Beteiligten hören. Denn im Mittelpunkt des Konflikts stehen nicht allein die Israelis, sondern ebenso die Palästinenser.

Khaled El Hassan machte klar, daß die Palästinenser ein Volk sind, das größtenteils aus seiner Heimat vertrieben wurde, als der israelische Staat entstand und sich ausdehnte. Er wies auf die europäische Mitwirkung bei diesem Vorgang hin, zeigte Verständnis für die Ereignisse, die dazu geführt haben, und drückte wiederholt aus, daß der Widerstand seines Volkes nicht eigentlich den Juden gilt. Mit den Juden, sagte er, seien die Palästinenser nach wie vor bereit, in einem Staat oder in enger Nachbarschaft zu leben. Denn Juden habe es in Palästina immer auch gegeben, man habe nie Feindschaft zwischen Juden und Arabern gehabt - beide gehören dem Stamm der Semiten an. Widerstand aber setzen die Palästinenser der zionistischen Idee entgegen, die ihrerseits keine Gemeinschaft mit den Arabern duldet und die das Land in weitester Ausdehnung unter die Herrschaft der Israelis bringen will. Die Palästinenser, sagte El Hassan, bestehen auf ihrem angeborenen Recht

1. als Volk anerkannt zu werden,
2. eine Eigenstaatlichkeit errichten zu können - da ein gemeinsamer Staat von den Israelis abgelehnt werde; und dieser eigene Staat könne der sogenannte "Ministaat" sein (Westufer und Gaza). - Zu dieser Lösung, dies betonte El Hassan ausdrücklich, seien die Palästinenser bereit.

Diese Aussagen könnten auch denen zu denken geben, die in diesem Zusammenhang nach so nicht aufrecht zu erhaltenden Rechtskriterien die Berechtigung der Palästinenser auf Selbstbestimmung nicht anerkennen wollen.

Was die Gewaltanwendung angeht, so kann man bei nüchterner Betrachtung wohl kaum umhin, festzustellen, daß - leider - seit Jahren ein latenter Kriegszustand von beiden Seiten betrieben, herrscht. Infolgedessen erscheint es müßig, der jeweils einen oder anderen Seite besondere Schuld zuzumessen.

Unsere Bemühungen können nur dahin zielen, die Grundlage für internationale Verhandlungen, an denen Israelis und Palästinenser beteiligt sind, bereiten zu helfen. Und das kann eigentlich nichts weiter heißen, als daß wir beide Seiten hören.

(-/19.11.1979/ks/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

